

Zähes Ringen um beste Schule

Ein Jahr Bildungskonvent: Die Erwartungen der Mitglieder auf große Neuerungen sind nicht mehr allzu hoch

Ein Bildungskonvent soll abseits von Parteiengerangel die Zukunft des Schulsystems für Sachsen-Anhalt entwerfen. Ob das Ziel bis 2009 erreicht wird, ist bereits zur Halbzeit fraglich.

Von MANUELA BANK

Halle/MZ. Fünfeinhalb Stunden sind um. Fünfeinhalb Stunden zählen Ringens um einzelne Formulierungen. Am Ende der Sitzung des Bildungskonvents an diesem Montagabend in Halle stehen Empfehlungen. Doch Klemens Gutmann ist unzufrieden. Der Präsident der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalts fordert eine Arbeitsgruppe „Heiße Kartoffel“. Und das meint er ernst. Drängende Fragen würden im Konvent nicht behandelt. „Passt denn der Lehrkörper, den wir haben, zu den Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts?“, fragt er. Gutmann will junge Lehrer, die die Schüler in Fremdsprachen fit machen. „Was soll denn die Wirtschaft mit Leuten, die nicht Englisch sprechen können?“ Moderator Stephan Dörgerloh wird diplomatisch: „Man muss die Erwartungen dämpfen. Wir schaffen nicht alles.“

Gedämpfte Erwartungen. Diese sind symptomatisch für den Konvent, der 2007 eingerichtet wurde. Seitdem versuchen die 37 Mitglieder laut Landtagsbeschluss, „Empfehlungen für ein dauerhaft tragfähiges, international ausgerichtetes, chancengerechtes und leistungsfähiges Schulsystem“ zu erarbeiten. Noch ein Jahr hat der Konvent Zeit, dann werden die Empfehlungen dem Landtag zugeleitet. Erst da wird sich erweisen, welchen Wert die Beschlüsse haben. Über diese Frage können sich heute noch nicht einmal die Politiker einigen, die mit am Tisch sitzen – und auf deren Betreiben der Konvent eingerichtet wurde. Heraushalten wollte man 2006 die Bildungspolitik aus den Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD.

DER KONVENT

37 Mitglieder

Der Bildungskonvent hat im Juli 2007 seine Arbeit aufgenommen. Ihm gehören laut Landtagsbeschluss 37 Mitglieder an. Neben den Vertretern der vier Landtagsparteien sind das Lehrer, Eltern, Schüler, Lehrerverbände, Hochschulen, die Kirchen, Wirtschaftsvertreter, Gewerkschafter und Wissenschaftler. Für die vier Themengebiete Schulentwicklungsplanung, Schulstruktur, innere Schulreform und Bildungschancen soll das Gremium tragfähige Zukunftsmodelle für Sachsen-Anhalt entwerfen. Die Arbeit des Konvents soll 2009 beendet sein, kann jedoch bis 2010 verlängert werden.



In welcher Schule lernen Schüler am besten? Diese Zukunftsfrage soll der Bildungskonvent für Sachsen-Anhalt klären.

Foto: dpa

Mit Praxisvertretern, Bildungsverbänden und Vertretern der Wirtschaft nach Lösungen suchen. Doch das Heraushalten der Politik aus dem Konvent gelingt nicht.

Nach den ersten Empfehlungen, etwa der Rückkehr zur vollen Betreuungszeit für alle Kindergartenkinder, signalisierte die CDU, dass das zu teuer sei. Auch jetzt sagt Eva Feußner, Konvent-Mitglied und CDU-Abgeordnete: „Für unsere Partei entsteht

ein Konflikt.“ Das Parlament könne die Empfehlungen nicht ignorieren, daher müsse man sich jetzt fragen, ob sie finanzierbar seien. Ihre SPD-Kollegin Rita Mittendorf sieht das anders: „Wir diskutieren ohne Geldzwang.“ Die Frage sei nicht, ob die Empfehlungen umgesetzt werden, sondern wie.

Doch die Empfehlungen sind aus Sicht der nicht parteigebundenen Mitglieder des Konvents oft zu vorsichtig – auch weil in der Diskussion permanent der kleinste Nenner gefunden werden muss. „Man versucht sich hier gegenseitig nicht wehzutun“, sagt der Chef des Landesphilologenverbands, Jürgen Mannke – selbst Lehrer. „Die Impulse für die Schulpraxis sind gering.“

Wohl auch, weil selbst die Nichtpolitiker am Tisch wissen, wo die Frontlinien verlaufen. Die Halberstädterin Christine Schönefeld, als Vertreterin für Gymnasien berufen, sagt es so: „Immer wenn ein Thema die Schulstruktur berührt, müssen alle vorsichtig sein.“ Denn jeder weiß: Die CDU will am bestehenden Schulsystem festhalten, die SPD will eine integrative Schule für alle. „Sachargumente haben da mitunter wenig Chancen“, so Schönefeld.

Auch Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz (parteilos) äußert sich nicht überschwänglich über das Gremium, dem er angehört. Mangelnder Realitätssinn sei im Konvent ebenso zu beklagen wie gelegentliche ideologische Zuspitzungen, sagt er. Er hoffe, dass der Konvent „sich nicht eines Tages nur als Podium eines bildungspolitischen Schlagabtauschs“ missverstehe.

Und so reden auch nicht wenige Mitglieder hinter vorgehaltener Hand von der Gefahr, dass die Praxisvertreter zu Statisten werden, in einer außerparlamentarisch geführten parlamentarischen Debatte. Karsten Buksch, Chef des Landeselternrats, fühlt sich schon jetzt als Zuhörer: „Für uns ist das

schwierig mitzumachen, wir sind nicht vom Fach.“ Nicht vom Fach bedeutet vor allem, sich nicht auf dem glatten Parkett des politischen Schlagabtauschs auszukennen.

Doch gerade der steht dem Konvent nun in voller Härte ins Haus. Denn die Arbeitsgruppe „Schulstruktur“ wird im Herbst ihre Arbeit aufnehmen. Dann wird der Konflikt zwischen den Koalitionsparteien offen sichtbar sein. Und das mit Ansage: Erst kürzlich hatte CDU-Fraktionschef Jürgen Scharf gesagt: „Erheblich

Meinungsunterschiede mit der SPD gibt es vor allem beim Bildungskonvent. Da wird es heftige Auseinandersetzungen geben.“

Auch ein Grund für viele Mitglieder des Konvents, den großen Wurf nicht mehr zu erwarten. „Ich sehe keine großen Weichenstellungen mehr für die Zukunft“, sagt Elternchef Buksch. Philologenverbandschef Mannke formuliert es härter: „Der Konvent kann sich einigen und ändert dennoch nichts an der politischen Linie.“

DIE EMPFEHLUNGEN

Von Kindergarten bis Berufsschule

Bisher hat der Bildungskonvent zwei Mal Empfehlungen ausgesprochen. Die wichtigsten im Überblick:

Alle Kinder sollten - unabhängig von sozialer Herkunft und Beschäftigungsstatus ihrer Eltern - einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in einer Kindertagesstätte erhalten.

Um die hohe Zahl der Förderer-schüler, etwa lernschwache oder verhaltensauffällige Schüler, zu senken, sollte in Zukunft der gemeinsame Unterricht von Schülern ohne und mit Förderbedarf ausgebaut werden.

Schrittweise sollten dazu die Förderzentren als Schnittstellen der Integration weiter gestärkt werden.

Um Schulversagen und Schulabbruch zu vermeiden, sollten das Ganztagsangebot der Schulen ausgebaut und pädagogische Mitarbeiter an allen Schulformen eingesetzt werden. Auch die Schulsozialarbeit sollte wieder ein fester und dauerhafter Bestandteil des Schulsystems sein.

Das flächendeckende Netz von Berufsschulen sollte auch beim weiteren Rückgang der Schülerzahlen erhalten bleiben.